

Baukonstruktion / Bauelemente

Wohnungswirtschaft sagt NEIN zu Straßenausbaubeiträgen: VNW und Haus & Grund fordern Abschaffung – Grundsteuer als Alternative

„Straßenausbaubeiträge gehören abgeschafft!“ Das forderten Andreas Breitner, Verbandsdirektor beim Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen, und Alexander Blažek, Vorstandsvorsitzender von Haus & Grund Schleswig-Holstein, unisono. Aus Sicht beider Verbände, die gemeinsam den Großteil des schleswig-holsteinischen Wohnungsbestands repräsentieren, seien Straßenausbaubeiträge eines der wichtigsten Wahlkampfthemen.



Straßenausbaubeiträge gehören abgeschafft. Foto: Privat

Andreas Breitner: „Unsere Mitglieder bewirtschaften größere Wohnanlagen. Nach dem jetzigen Umlagesystem kommen sehr schnell sehr hohe Ausbaubeiträge zusammen. Gerade wurde einer kleineren Mitglieds-genossenschaft mit rund 500 Wohnungen eine Beitragsrechnung von mehr als 500.000 Euro angekündigt. In einem anderen Fall stehen 800.000 Euro im Raum. Das ist viel Geld. Geld das dann nicht für die Gebäudesanierung, den Klimaschutz oder den notwendigen Neubau zur Verfügung steht.“

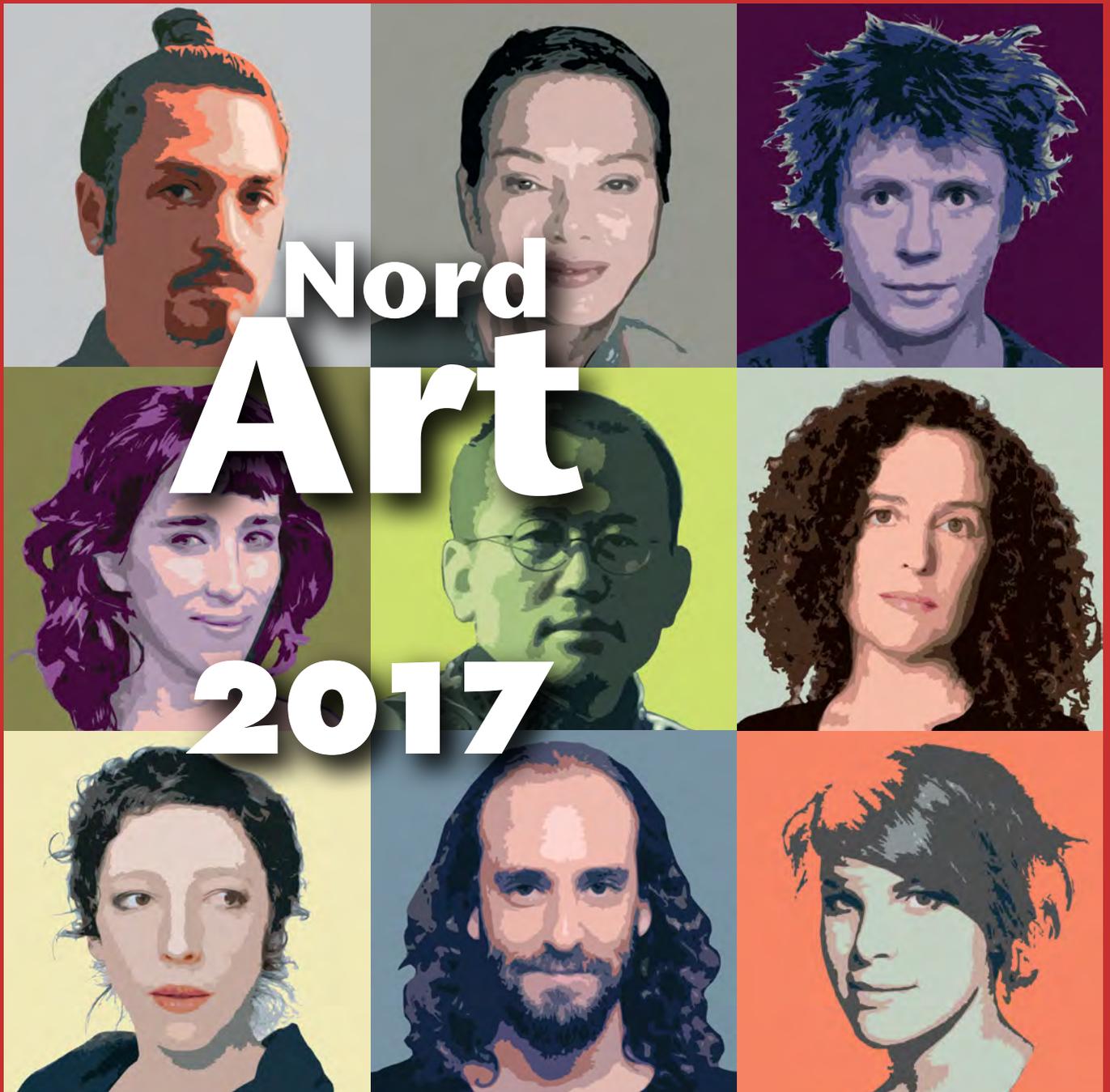
Darüber hinaus fehle es an Planbarkeit, da viele Kommunen die Wohnungsunternehmen nicht in die Straßenbauprogramme mit einbezögen. „Straßenausbaubeiträge in Höhe von mehreren tausend Euro können für junge Familien und Rentner existenzbedrohend seien,“ schilderte Blažek. Anlieger hätten beim Erwerb der Immobilien die Straßen bereits über Erschließungsbeiträge bezahlt und würden über die Straßenausbaubeiträge doppelt zur Kasse gebeten. Das sei insbesondere dann ungerecht, wenn die Kommunen sich nicht um die Instandsetzung der Straßen gekümmert hätten, wozu sie verpflichtet wären.

„Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch,“ sagten Breitner und Blažek wörtlich und veranschaulichten mit diesem Beispiel, wie ungerecht Straßenausbaubaukosten seien. Hier gelte dieser Grundsatz nicht – im Gegensatz zu Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Dabei würden Autofahrer über die Mineralöl- und Kraftfahrzeugsteuer bereits zur Finanzierung der öffentlichen Straßen beitragen.

„Die Grundsteuer ist das geeignete Finanzierungsinstrument,“ erläuterten die beiden Verbandschefs, wie Straßenausbaubaukosten künftig bezahlt werden könnten. Diesen sachgerechten Vorschlag habe der Kieler Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer (SPD) gemacht. Das sei unbürokratisch und mit Kosten in Höhe eines zweistelligen Eurobetrages je Bürger auch bezahlbar. Darüber hinaus sei diese Kostenverteilung auch gerechter. Die Mieter würden ebenfalls die Straßen mit bezahlen, die sie genauso nutzen würden wie die Immobilieneigentümer, so Breitner und Blažek abschließend.

Lena Fritschle

■■■ KUNSTWERK
CARLSHÜTTE



INTERNATIONAL ART EXHIBITION

10/06 — 08/10 2017

250 Künstler aus aller Welt • Länderfokus 2017 Dänischer Pavillon
Fokus-Künstler David Černý, CZ • Sonderprojekt Xu Bing, China
Di—So 11—19 Uhr • Vorwerksallee, 24782 Büdelsdorf • www.nordart.de